

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 2 • 77. Jg, JUNI 2026

ÖSTERREICHISCHE POST AG • MZ 02Z032837 M • P.b.b. • SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36/1, 4020 Linz

Foto © BMASCPK/Stefan Jocham

„Wir sagen der Zwei-Klassen-Medizin den Kampf an!“

Korinna Schumann im Interview

Seite 6/7

Gesundheitssystem:

Lange Wartezeiten,
große Unterschiede

Seite 4/5

Selbstverwaltung:

Die Folgen
der Kassenfusion

Seite 8/9

Frauen:

Gendermedizin
rettet Leben

Seite 11

HYPO OOE



Deine Wünsche? Nehmen wir persönlich.

Richtig sparen bis zum Ziel.
Wir hören zu und finden den Weg,
der zu dir passt – persönlich.

So weit muss Bank gehen.



DEIN EVENT, DEINE BÜHNE, HOSTED BY US.

Mitten im Herzen von Linz – und dennoch entspannt: Das CENTRAL vereint historische Kinokulisse mit modernster Technik, erstklassiger Akustik und flexibler Ausstattung. Die ideale Bühne für unvergessliche Veranstaltungen.

Alle Infos zu den Veranstaltungen und zur Vermietung finden Sie unter office@centrallinz.at und www.centrallinz.at

Landstraße 36, 4020 Linz, +43 5 7726 1199

PROGRAMMVORSCHAU JUNI & JULI 2026



15. JUNI 2026, 19:00 UHR:
DR. BOHL - SOLO
JEDER WAR'S MAL, VIELE SIND ES.
VIELE WOLLEN'S, WENIGE LANG.
MICKIE BESINGT ES UND HAN HEISST
SO. SOLO.



1. JULI 2026, 18:00 UHR:
DSLAM – DEM IT-SLAM
DSLAM IST EIN UNTERHALTSAMER
IT-SLAM MIT KURZEN VORTRÄGEN
ZU DIGITALISIERUNG, KI UND CYBER-
SECURITY – VERSTÄNDLICH, HUMOR-
VOLL UND OHNE FACHJARGON.

Wohin steuert unser Gesundheitssystem?

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR



Foto © McGreene

Seit ich die politischen Debatten in Österreich verfolgt – und das ist jetzt schon ein halbes Jahrhundert –, wird über „Gesundheitspolitik“ diskutiert.

Das ist Ausdruck von Zweierlei: Erstens ist „Gesundheit“ (und damit eben auch „Krankheit“) nicht nur ein zentrales politisches Thema, es ist für alle eine existenzielle Angelegenheit. Und da sich die Behandlungsmethoden, die Medikamente oder die Versorgungsqualität bzw. die persönliche Betroffenheit ständig ändern, wird immer darüber geredet und gestritten. Andererseits ist die ewige Debatte aber auch Ausdruck dafür, dass wesentliche Aspekte der Gesundheitspolitik offensichtlich kriseln. Notwendige Änderungen lassen sich aufschieben, aber irgendwann kommt der Punkt, an dem das System zunehmend dysfunktional wird. Wahrscheinlich sind wir jetzt an diesem

Punkt oder gar schon darüber hinaus. Der Zugang zu bestimmten Leistungen wird schwieriger und dauert länger – das sind klassische Anzeichen für die angesprochene Dysfunktionalität.

In Österreich war über Jahrzehnte politisch unumstritten, dass die gesetzliche Krankenversicherung bzw. die öffentliche Hand die Finanzierung aller notwendigen Leistungen im Gesundheitsbereich übernimmt. Nachdem nun das existierende System unübersehbare Probleme zeigt, folgt die

Forderung nach Privatisierung und Vermarktlichung des Gesundheitsbereichs. Das würde die Probleme einer Zweiklassen-Versorgung nicht beseitigen, aber Profitmöglichkeiten für Konzerne erhöhen.

Daher haben wir „Gesundheitspolitik“ zum Schwerpunkt dieser Ausgabe des Bildungskuriers gemacht.

„Notwendige Änderungen lassen sich aufschieben, aber irgendwann wird das System dysfunktional.“

- 4 Ungleichheit:** Der Zugang und die Nutzung von Gesundheitsleistungen hängen oft von Geschlecht, Wohnort, Einkommen und Beruf ab, erklären Heidemarie Staflinger und Katharina Bader.
- 6 Interview:** Den Weg hin zu einer guten medizinischen Versorgung schildert Korinna Schumann im Gespräch mit dem Bildungskurier.
- 8 Kassenzerschlagung:** Albert Maringer betont, warum wir uns die soziale Krankenversicherung zurückholen müssen.
- 10 Versorgungssicherheit:** Die Lösungsansätze für ein funktionierendes System wären vielseitig vorhanden, so Peter Binder.
- 11 Gendermedizin:** Mirijam Hall gibt einen Einblick mit erschreckenden Zahlen.
- 12 Pflege:** Gabriele Knauseder berichtet über aktuelle Herausforderungen und Vorhaben in Oberösterreich.
- 14 Exkurs:** Es müssen sich in Oberösterreich mehr Windräder drehen, meint Bernd Dobesberger.

Inhalt



Foto © BKA/Andy Wenzel

6



10



12



14



Produziert nach der Richtlinie des österreichischen Umweltzeichens, „Druckerzeugnisse“
Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844



Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
Tel: 05-77 26 11-16, sylvia.wolkerstorfer@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at

Redaktion: Nina Andree, Bernd Dobesberger, Manuela Hiesmair, Barbara Hinterleitner, Anna Portenkirchner, Iris Ratzenböck-Höllerl, Lukas Russ, Sylvia Wolkerstorfer

Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch

Hersteller: Gutenberg-Werbering Ges.m.b.H.

Nr. 02/26, Juni, SPÖ ÖÖ-Info-Nr. 2/2026, GZ 02Z032837 M,
P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ ÖÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Gesundheit ist nicht für alle gleich!

Gesundheit geht uns alle an. Aber nicht alle erhalten die gleiche Versorgung. Denn der Zugang und die Nutzung von Gesundheitsleistungen hängen oft von Geschlecht, Wohnort, Einkommen und Beruf ab.

KATHARINA BADER UND HEIDEMARIE STAFLINGER

Sinkende Zufriedenheit mit dem Gesundheitssystem

Das Gesundheitssystem steht zunehmend unter Druck. Die Versicherten sind mit langen Wartezeiten und der Suche nach Kassenärzt:innen konfrontiert. Das wirkt sich negativ auf die Zufriedenheit mit dem Gesundheitssystem aus. Sie sinkt. Das zeigen Daten einer Befragung durch das Institut für empirische Sozialforschung (IFES) im Auftrag der AK Oberösterreich aus dem Jahr 2025. Nur mehr 36 Prozent der Beschäftigten in Oberösterreich (Frauen 34 Prozent, Männer 38 Prozent) sind mit dem Gesundheitssystem zufrieden. Das sind um elf Prozentpunkte weniger als 2023. Gleichzeitig ist der Anteil jener, die mit dem Gesundheitssystem nicht zufrieden sind, seit 2023 um zehn Prozentpunkte auf 27 Prozent angestiegen.

Deutlich schlechter als andere Bereiche wird die kassenärztliche Versorgung durch Fachärzt:innen beurteilt. Nur noch 28 Prozent sind damit zufrieden. Unterschiede zeigen sich hier zwischen Stadt und Land: Während die Zufriedenheit

in großen urbanen Zentren wie Linz bei 34 Prozent liegt, erreicht sie im ländlichen Raum lediglich 25 Prozent.¹

Geringes Einkommen und chronische Erkrankungen lassen die Zufriedenheit sinken

Besonders gering ist die Zufriedenheit bei Menschen mit chronischen Erkrankungen. Gerade sie haben oft Kontakt mit den aktuellen Baustellen in der Gesundheitsversorgung. Nur 29 Prozent dieser Gruppe äußern sich zufrieden mit dem Gesundheitssystem. Im Vergleich dazu beträgt die Zufriedenheit bei Personen ohne chronische Beschwerden 41 Prozent.

Auch das Einkommen wirkt sich stark auf die Zufriedenheit mit dem Gesundheitssystem aus. Bei Befragten, deren Einkommen nicht ausreicht, liegt die Zufriedenheit bei nur 17 Prozent. Hingegen sind 46 Prozent derjenigen, die laut eigenen Angaben sehr gut von ihrem Einkommen leben können, zufrieden.² Dies verdeutlicht den starken Zusammenhang zwischen finanzieller Situation und Wahrnehmung der Gesundheitsversorgung. Mitunter spielen hier die hohen zusätzlichen Kosten für Gesundheit eine Rolle, die das ohnedies schon schmale Geldbörse überdies belasten.

DIE AUTORINNEN:

Katharina Bader arbeitet seit August 2025 in der AK Oberösterreich und beschäftigt sich mit den Themen Gesundheitspolitik und -versorgung.



Heidemarie Staflinger arbeitet seit über 20 Jahren zu pflege- und gesundheitspolitischen Themen sowie zu Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Sozialbereich.



Foto © McGreente

Die Zahl der offenen Kassenärzt:innenstellen in Oberösterreich ist deutlich angestiegen.



Zugang zu Gesundheit ist eine Frage der Postleitzahl

Der Zugang zu Gesundheitsleistungen sollte in ganz Österreich gleich verteilt sein, theoretisch zumindest. Die Praxis zeigt deutlich:

während Allgemeinmediziner:innen über ganz Österreich verteilt sind, sind Fachärzt:innen vor allem im Ballungsraum vertreten. Nicht überall sind alle Kassenstellen besetzt, was die Suche noch mehr erschwert.

Die Zahl der offenen Kassenärzt:innenstellen in Oberösterreich hat deutlich zugenommen: von 19 Anfang 2018 auf 46 im April 2026 – darunter 26 in der Allgemeinmedizin und 13 in der Gynäkologie.

Als positive Entwicklung erweisen sich die Primärversorgungseinheiten (PVE): Mit bereits 21 PVEs in Oberösterreich, darunter eines für Kinder- und Jugendheilkunde, verbessern sie durch vernetzte Zusammenarbeit die Versorgungsqualität deutlich.³

¹ IFES-Befragung medizinische Versorgungssicherheit in OÖ 2025

² IFES-Befragung medizinische Versorgungssicherheit in OÖ 2025

³ ÖGK 2026

Die Zwei-Klassen-Medizin ist längst angekommen

Immer mehr Menschen in Oberösterreich sind von langen Wartezeiten betroffen oder erhalten gar keine Termine. Rund sechs von zehn Befragten (57 Prozent) fühlen sich stark oder sehr stark durch langes Warten auf einen Termin bei einer Fachärztin bzw. einem Facharzt, für eine Untersuchung oder für eine Operation belastet. Rund die Hälfte der Befragten (51 Prozent) war (sehr) stark davon betroffen, keinen Termin zu bekommen, weil keine neuen Patient:innen aufgenommen werden.

Diese strukturellen Probleme führen dazu, dass viele Versicherte auf teure Wahlärzt:innen ausweichen. Mehr als ein Viertel der Befragten (28 Prozent) haben eine Wahl- oder Privatordination in Anspruch genommen, weil sie keinen Termin in einer Kassenordination erhalten haben.⁴ Das kostet. Derzeit werden nur 80 Prozent des Kassentarifs von der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) erstattet, den Rest zahlen die Patient:innen selbst. Die steigenden Gesundheitskosten und die Angebots-

„Wer sich private Angebote nicht leisten kann, erhält oft keine rechtzeitige oder ausreichende medizinische Versorgung.“

defizite in der kassenärztlichen Versorgung führen zu erheblichen finanziellen und gesundheitlichen Belastungen. Besonders betroffen sind Personen mit niedrigen Einkommen. Wer sich private Angebote nicht leisten kann, erhält oft keine rechtzeitige oder ausreichende medizinische Versorgung. Wichtige Untersuchungen werden verschoben, finden spät oder gar nicht statt – mit teils gravierenden Folgen für die Gesundheit.

Fairer Zugang zu Gesundheitsleistungen für alle Menschen in Oberösterreich

Es gibt noch viel zu tun, damit wir in Oberösterreich ein Gesundheitssystem haben, auf das wir zu Recht wieder stolz sein können – egal, ob im nieder-

gelassenen Bereich, in Ambulanzen oder im Krankenhaus. Klares Ziel dabei muss eine Gesundheitsversorgung sein, die allen Versicherten unabhängig von ihrer finanziellen oder sozialen Situation einen gerechten und zeitnahen Zugang ermöglicht. Dafür braucht es einen konsequenten Ausbau des niedergelassenen Kassenärzt:innenbereichs und der Primärversorgungs- und Frauengesundheitszentren sowie spürbare Verbesserungen bei den Wartezeiten im öffentlichen Gesundheitssystem. Überschriften werden nicht reichen, um die Situation

„Überschriften werden nicht reichen, um die Situation zu verbessern.“

zu verbessern. Es braucht nachhaltige Lösungen in Oberösterreich, aber auch in der laufenden Gesundheitsreform des Bundes, damit sich alle Menschen auch in Zukunft auf eine solidarische Gesundheitsversorgung verlassen können.

4 IFES-Befragung medizinische Versorgungssicherheit in OÖ 2025

SPARKASSE 
Oberösterreich

Nähe.

Wir glauben an die Kraft des Miteinanders.
#glaubandich

www.sparkasse-ooe.at



„Wir sagen der Zwei-Klassen-Medizin mit dem Gesundheitsreformfonds den Kampf an!“

Österreichs Bundesministerin Korinna Schumann im Interview über Herausforderungen und Lösungswege hin zu einer guten medizinischen Versorgung unabhängig von Einkommen, Wohnort oder Alter.

Bildungskurier: Die österreichische Sozialdemokratie und die Gewerkschaften waren immer sehr stolz auf das Gesundheitssystem. Jetzt nehmen aber die Probleme zu, die Kritik wird deutlicher. Was ist in den letzten Jahren falsch gelaufen?

Schumann: Österreich hat nach wie vor eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. Aber wir erleben seit einigen Jahren Entwicklungen, die viele Menschen zu recht verunsichern. Die Bevölkerung wird älter, der Bedarf an Gesundheits- und Pflegeleistungen steigt stark an, gleichzeitig eröffnet der medizinische und technische Fortschritt neue Möglichkeiten. Wir haben außerdem zu lange zugelassen, dass sich Versorgungslücken aufbauen – vor allem im niedergelassenen Bereich. Wenn Menschen keinen zeitnahen Kassenarzttermin bekommen, dann entsteht Frust und das Gefühl, dass sich das Gesundheitssystem auseinanderentwickelt. Genau das dürfen wir nicht akzeptieren. Für mich ist klar: Gesundheit darf keine Frage des Einkommens sein und sie darf auch nicht davon abhängen, wo jemand wohnt. Deshalb müssen wir das öffentliche Gesundheitssystem stärken und die Versorgung wieder näher zu den Menschen bringen und langfristig absichern. Mit dem Gesundheitsreformfonds, über den jedes Jahr 500 Millionen Euro zusätzlich in die Versorgung fließen, schaffen wir dafür eine wichtige Grundlage.

Bildungskurier: Was sind die vordringlichsten Probleme des Gesundheitssystems, die jetzt gelöst werden müssen?

Schumann: An erster Stelle steht die Sicherung der Versorgung in ganz Österreich. Dafür brauchen wir mehr Ärztinnen und Ärzte im öffentlichen System, bessere und attraktivere Arbeitsbedingungen für

alle Gesundheitsberufe und einen konsequenten und nachhaltigen Ausbau der Primärversorgung. Gleichzeitig müssen wir die Wartezeiten reduzieren und die Versorgung insgesamt besser koordinieren. Viele Menschen wissen heute oft nicht genau, wohin sie sich wenden sollen. Deshalb ist es wichtig, dass Patientinnen und Patienten rasch, unkompliziert und möglichst wohnortnah die richtige Versorgung bekommen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Digitalisierung – immer mit dem klaren Ziel, die Versorgung einfacher und effizienter zu machen und gleichzeitig das Personal zu entlasten. Digitalisierung darf dabei kein Selbstzweck sein, sondern muss den Menschen konkret helfen. Und wir müssen den Fokus noch stärker auf Prävention und Gesundheitsvorsorge legen. Wer gesund bleibt oder Krankheiten früh erkennt, braucht weniger medizinische Versorgung. Das hilft den Menschen und entlastet langfristig und nachhaltig das gesamte System. Mit dem Gesundheitsreformfonds werden wir auch hier ansetzen und gezielt Präventions- und Vorsorgeangebote ausbauen. Zwei besondere Phänomene werden von Betroffenen immer wieder kritisiert: erstens die langen, langen Wartezeiten insbesondere bei Fachärztinnen und Fachärzten und zweitens die finanziellen Zuzahlungen, die neben den Krankenversicherungsbeiträgen geleistet werden müssen, zum Beispiel weil Termine nur bei Wahlärztinnen und Wahlärzten zu bekommen sind.

Bildungskurier:

Was kann da gemacht werden?

Schumann: Die langen Wartezeiten und die steigenden privaten Kosten sind für viele Menschen eine enorme und oft sehr

IM INTERVIEW



Foto © Stefan Jöhann

Korinna Schumann

ist Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsument:innenschutz sowie langjährige Gewerkschafterin.

belastende Herausforderung. Unser Anspruch muss sein, dass alle Menschen unabhängig vom Einkommen rasch und

„Mir ist wichtig: Niemand soll aus finanziellen Gründen auf medizinische Versorgung verzichten oder notwendige Behandlungen aufschieben müssen.“

verlässlich Zugang zu guter medizinischer Versorgung haben. Deshalb arbeiten wir daran, mehr Kassenstellen zu schaffen und bestehende Stellen auch tatsächlich zu besetzen. Gleichzeitig bauen wir Pri-

märversorgungseinheiten weiter aus, damit Patientinnen und Patienten schneller und einfacher versorgt werden können. Mir ist wichtig: Niemand soll aus finanziellen Gründen auf medizinische Versorgung verzichten oder notwendige Behandlungen aufschieben müssen. Deshalb braucht es ein weiterhin starkes öffentliches Gesundheitssystem, das verlässlich funktioniert und für alle da ist – dafür werden wir an Schrauben drehen.

Bildungskurier: Wie kann es gelingen, dass die drei zentralen Finanziers des Gesundheitssystems – der Bund, die Bundesländer und die Sozialversicherung – gemeinsam an einem Strang ziehen?

„Wir setzen auf klare gemeinsame Ziele: bessere Versorgung, kürzere Wartezeiten und mehr Personal.“

Schumann: Das Gesundheitssystem funktioniert nur dann gut, wenn alle Verantwortung übernehmen und gemeinsam handeln. Gerade deshalb ist eine enge und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherung

so wichtig. Wir setzen auf klare gemeinsame Ziele: bessere Versorgung, kürzere Wartezeiten und mehr Personal. Ich bin überzeugt: Wenn das gemeinsame Ziel im Mittelpunkt steht – nämlich eine gute Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Österreich –, dann werden wir Verbesserungen erreichen. Gesundheitspolitik ist sicherlich das Bohren besonders dicker Bretter.

Bildungskurier: Wie zuversichtlich bist du, dass es jetzt gelingt, das österreichische Gesundheitssystem in eine gute Zukunft zu führen?

Schumann: Ich bin zuversichtlich, weil wir in Österreich ein starkes Fundament haben: engagierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Gesundheitsbereich, hohe medizinische Qualität und ein breites öffentliches Versorgungssystem. Natürlich stehen wir vor großen und teilweise sehr komplexen Herausforderungen. Aber genau deshalb müssen wir jetzt entschlossen und konsequent handeln. Es geht nicht um kurzfristige Schlagzeilen, sondern um nachhaltige und langfristige Verbesserungen für die Menschen. Mir ist wichtig, dass wir das Vertrauen in das öffentliche Gesundheitssystem stärken. Die Menschen sollen wissen: Sie be-

kommen gute medizinische Versorgung – unabhängig von Einkommen, Wohnort

„Unser Anspruch muss sein, dass alle Menschen unabhängig vom Einkommen rasch und verlässlich Zugang zu guter medizinischer Versorgung haben.“

oder Alter. Das wird nicht von heute auf morgen gehen und es wird auch Zeit und gemeinsame Anstrengungen brauchen. Aber ich bin überzeugt, dass wir mit konsequenten Reformen, guter Zusammenarbeit und einem klaren Fokus auf die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten das österreichische Gesundheitssystem erfolgreich weiterentwickeln und nachhaltig absichern können.

Zusammenarbeit und ein starkes öffentliches Gesundheitssystem sind entscheidend für eine sichere Versorgung der Zukunft.



Das Gesundheitssystem muss für die Menschen funktionieren!

Österreichs Gesundheitssystem galt lange Zeit als eines der besten weltweit.

Internationale Studien¹ wiesen Spitzenplätze bei Versorgungsqualität, Patient:innenorientierung und Gerechtigkeit aus. Inzwischen fällt Österreich zurück. Das hat mehrere Ursachen, die wichtigste wird aber meist ausgeblendet. Die Zerschlagung der Selbstverwaltung in der sozialen Krankenversicherung bewirkt, dass die Versicherten und Patient:innen keine starke Stimme mehr im Gesundheitssystem haben, und andere über ihr Geld und ihre Versorgung entscheiden.

ALBERT MARINGER

Nach wie vor verfügt Österreich über ein vergleichsweise gut aufgestelltes medizinisches Versorgungssystem. Die Gesamtausgaben liegen im oberen Feld der OECD-Staaten, wobei Österreich schon heute einen relativ hohen Anteil an privaten Zuzahlungen aufweist.

Die Spannungen und Risse im System wurden aber in den vergangenen Jahren immer sichtbarer. Sprachen wir noch vor 15 Jahren von einer Ärzt:innenschwemme, können heute längst nicht mehr alle Kassenstellen besetzt werden. Mussten Kassen und Gesundheitspolitik noch vor kurzem vor allem den Gefahren von „zu viel Medizin“, etwa unnötigen Operationen und einem gefährlichen Medikamentenmix, entgegenwirken, haben sich in wenigen Jahren unzumutbare Wartezeiten auf Hüft-, Knie- und Augenoperationen sowie auf Ärzt:innen- und Therapeut:innentermine etabliert.

Die Zerstörungskraft von „Marketing-Schmähs“

All das hat mit Trends und Entwicklungen zu tun, die alle europäischen Länder treffen: Demografie, Personalknappheit, enge Budgets. In Österreich haben aber auch konkrete politische Fehlentscheidungen maßgeblich zur Verschärfung der Probleme beigetragen. Oder besser gesagt: Sie haben die Systeme zerschlagen, die im Interesse der Patient:innen das Versorgungsnetz instandgehalten und weiterentwickelt haben. Die Auswirkungen der zerstörerischen „Kassenreform“ von Kurz und Hartinger-Klein gehen weit

über Patient:innenmilliarden, Marketingschmähs und vernichtete OÖGKK-Rücklagen hinaus. Sie haben die ÖGK

„Sie haben die ÖGK mit ihren 25 Milliarden Euro an Versicherungsgeldern zu einem Selbstbedienungsladen der Medizinindustrie, zum Spielball von Lobby-Interessen gemacht.“

mit ihren 25 Milliarden Euro an Versicherungsgeldern zu einem Selbstbedienungsladen der Medizinindustrie, zum Spielball von Lobby-Interessen gemacht. Der ÖVP-Wirtschaftsbund hat die Macht übernommen – aber nicht die Verantwortung für Defizite und Versorgungslücken. Die FPÖ hat die Enteignung der Versicherten mit Begeisterung ermöglicht, und weidet nun den selbst verursachten Schaden politisch aus.

Neben der politischen Machtübernahme und dem finanziellen Desaster hat die Marketingaktion einen weiteren entscheidenden Schaden angerichtet: Die ÖGK wurde als extrem zentralistische Anstalt komplett neu aufgestellt. Obwohl gerade im Gesundheitssystem sehr viele Themen auf Landesebene zu regeln sind – von Ärzt:innenverträgen über Spitäler und das Rettungswesen – wurde die Handlungsfähigkeit der ÖGK auf Landesebene praktisch ausgelöscht. Damit sind nicht nur die Versicherten und Patient:innen von allen Entscheidungen ausgeschlossen, sondern die Ent-

DER AUTOR:

Albert Maringer ist Vorsitzender des Arbeiterbetriebsrates der voestalpine Stahl und Vorsitzender des Landesstellenausschusses OÖ in der ÖGK.



Foto © fotostudio Eder

scheidungen über die oberösterreichische Versorgung – über die Leistungen für die Versicherten – fallen auch noch fernab von den Betroffenen.

Die Versorgungslage in Oberösterreich

Zunächst muss ein weit verbreitetes Missverständnis ausgeräumt werden. Selbst Expert:innen behaupten, dass die Krankenversicherung den niedergelassenen Bereich finanziert (was korrekt ist), das Spitalswesen aber von den Ländern getragen würde. Tatsache ist, dass in OÖ über 42 Prozent der Spitalsfinanzierung von der Krankenversicherung kommt, während das Land selbst nur 26 Prozent beiträgt, und weitere 18 Prozent auf die Gemeinden abwälzt.² Die restlichen 13 Prozent kommen vom Bund. Der falsche Eindruck entsteht, weil der Landesfonds, der das Geld bündelt und die Zahlungen an die Spitäler abwickelt, vom Land allein verwaltet wird.

¹ etwa der WHO, OECD, oder der London School of Economics

² www.statistik.at, „Öffentliche laufende Gesundheitsausgaben für Fondsrankenanstalten nach Finanzierungssystemen und Bundesländer, 2024“ (abgerufen am 18.5.2026); in OÖ tragen die Städte und Gemeinden damit einen besonders hohen Finanzierungsanteil.

„Österreich steht vor dem Paradoxon, dass wir weltweit zu den Ländern mit den meisten Ärzt:innen je 1.000 Einwohner:innen zählen und gleichzeitig plagen uns in vielen Bereichen unbesetzte Stellen.“

Nachbesetzungsprobleme und neue Wege

Österreich steht vor dem Paradoxon, dass wir weltweit zu den Ländern mit den meisten Ärzt:innen je 1.000 Einwohner:innen zählen, gleichzeitig plagen uns in vielen Bereichen unbesetzte Stellen. Ein Grund dafür ist unser besonders „ärzt:innenhungriges“ System, das viele Leistungen ausschließlich Ärzt:innen vorbehält, während andere Länder auch die Qualifikation anderer Gesundheitsberufe stärker einsetzen – Stichwort Pflege, Psychologie oder Therapieberufe. Aber auch die sich ausbreitende Privatmedizin, vom Wahlärzt:innenthema über die Sonderklasse, verursacht durch Fehlanreize

und den Entzug von Arbeitskraft wohl mehr Probleme, als ihrem ohnehin überschätzten Finanzierungsbeitrag gegenübersteht. Apropos „Fehlanreize“: Die LSE-Studie aus 2017 sprach deutlich von einem Korruptionsproblem in Österreich, etwa wenn Spitalsärzt:innen ihren Patient:innen Vorteile im Spitalssystem in Aussicht stellen, wenn gleichzeitig Privatleistungen in Anspruch genommen werden.

Als wesentlicher Hebel für die Gewinnung neuer Vertragsärzt:innen haben sich neue Angebote an Team- und Teilzeitstellen, zum Beispiel in PVEs, Gruppenpraxen und Ambulatorien herauskristallisiert. Auch die vielen Initiativen der ÖGK, schon in der Ausbildung die Chancen und Vorzüge des niedergelassenen Bereichs vorzustellen, tragen erfreuliche Früchte. So wird insbesondere das nach wie vor verbreitete Missverständnis ausgeräumt, die Kassenärzt:innenarbeit wäre zu niedrig honoriert. Sowohl frischgebackene Haus- als auch Fachärzt:innen sind oft völlig überrascht von den Einkunftsmöglichkeiten, die eine Kassenpraxis ihnen bietet. Dennoch: Wartezeiten und Nachbesetzungsprobleme sind eine massive Herausforderung.

Sorgen bereitet ebenso nach wie vor die Spitalsversorgung. Entgegen landläufigen Erzählungen sinken die stationären Spitalsleistungen seit Jahren, und auch der Ambulanzbereich stagniert bzw. erreicht er gerade erst wieder die Kennzahlen vor Corona. Hingegen beklagt die Kurie der niedergelassenen Ärzt:innen, dass immer mehr Leistungen aus den Spitälern heraus verlagert werden, von der Diagnostik vor dem Spital bis zur Nachsorge nach immer früherer Entlassung. Hinzu kommen unzumutbar lange Wartezeiten auf planbare Operationen. Das Problem: Die Finanzierung steigt, auch wenn die Leistungen sinken.

Wer wird sich für die Versicherten einsetzen, wenn nicht sie selbst?

Wie gut wäre es bei all diesen Herausforderungen, wenn die Krankenkasse wieder in der Hand der Versicherten wäre, und daher auch vorrangig für deren Interessen kämpfen könnte.

Mit der Zerschlagung der Selbstverwaltung verloren Patient:innen ihre stärkste Stimme im Gesundheitssystem.



Herausforderung Gesundheitswesen – und wie wir sie lösen!

PETER BINDER

Das Gesundheitswesen steht enorm unter Druck. Im Not- und Akutfall können die Menschen immer noch darauf vertrauen, dass ihnen in Österreich geholfen wird. Aber bei jenen Erkrankungen, die uns im zunehmenden Alter oder bei hoher Arbeitsbelastung – etwa kaputte Knie und Hüften – zu plagen beginnen, rückt die Hilfe in immer weitere Ferne.

„Bei Fachärzt:innen sowie in Krankenhausabteilungen betragen die Wartezeiten mehrere Monate bis hin zu zwei Jahren!“

Viele Menschen haben bereits keinen Zugang zu einem/-r Allgemeinmediziner/-in, dem klassischen „Hausarzt“ bzw. der „Hausärztin“ mehr, die für eine Erstabklärung für die richtige Behandlung unerlässlich sind. Bei Fachärzt:innen sowie in Krankenhausabteilungen betragen die Wartezeiten mehrere Monate bis hin zu zwei Jahren! Das ist unerträglich und unmenschlich, raubt den Menschen gesunde Lebenszeit und der Wirtschaft leistungsfähige Beschäftigte!

Die Ursachen sind vielfältig: das einmal von den Gewerkschaften aufgebaute und selbstverwaltete, solidarische Gesundheitssystem wurde durch die ÖVP-FPÖ-Bundesregierung mittels Zusammenlegungen massiv geschwächt, um nicht zu sagen: zerstört. Dort, wo früher bei Hausärzt:innen und Fachärzt:innen Versorgungslücken aufgetaucht sind und im Interesse der Beitragszahler:innen rasch nach Lösungen gesucht wurde, agieren jetzt mehrheitlich Wirtschafts-bundfunktionär:innen, die kein Interesse am Vertrauen in ein solidarisches System haben. Sie wollen amerikanische Verhältnisse: wer selbst zahlt, bekommt die

Leistung, die er braucht, und wer es sich nicht leisten kann, bleibt krank.

„Sie wollen amerikanische Verhältnisse: wer selbst zahlt, bekommt die Leistung, die er braucht, und wer es sich nicht leisten kann, bleibt krank.“

Die Krankenanstalten, die noch eine Versorgungspflicht haben, stoßen an die Grenzen des Machbaren. Die Mitarbeiter:innen dort sind oftmals am Limit, die verantwortliche Landespolitik duckt sich weg. Den oft beklagten Fachkräftemangel hat sie dabei maßgeblich mitverursacht: durch unattraktive Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in der Pflege und fehlende Ausbildungsplätze für Mediziner:innen in den oberösterreichischen Krankenanstalten.

Die Lösungsansätze sind vielseitig vorhanden. Mittel- und langfristig wirkt eine Ausbildungs-offensive: wir benötigen so viele echte Ausbildungsplätze für Ärzt:innen in den Spitälern wie möglich, denn die braucht es auch für die Allgemeinmedizin und die Besetzung der Hausärzt:innenpraxen in den Gemeinden. Zusätzlich werten wir den Rettungsdienst auf: durch eine neue Ausbildungsstufe schaffen wir Fachkräfte, die vor Ort befähigt und befugt sind, Entscheidungen zu treffen und Heilmethoden anzuwenden. Das stärkt die ehrenamtlichen Strukturen, verbessert die Patient:innenversorgung, entlastet die Spitäler – und

DER AUTOR:

Peter Binder

ist seit 2015 Gesundheitssprecher und seit 2021 Wohnbauprecher der SPÖ im oberösterreichischen Landtag. Er ist dritter Präsident des Oö. Landtags.



Foto © Volker Weinbold

spart dadurch auch noch Geld! Auch andere Berufsgruppen und Gesundheitsdienstleister, von den Apotheken bis zu den Psychotherapeut:innen, können durch einfache Maßnahmen besser in eine effektive Gesundheitsversorgung einbezogen werden, wodurch Ärzt:innenpraxen und Krankenhäuser frei werden für jene Personen, die tatsächlich ärztliche Hilfe oder eine Spitalbehandlung brauchen.

Auch hier gilt wieder: die Patient:innenversorgung wird verbessert, wir reduzieren die Krankenstände und Krankenhausaufenthalte, das hilft den Beschäftigten und der Wirtschaft und spart ebenfalls Geld.

Die Mitarbeiter:innen in Krankenanstalten sind oftmals am Limit, die verantwortliche Landespolitik duckt sich weg.



Männliche Medizin gefährdet ihre Gesundheit

Anhand von Fakten lässt sich zeigen, wie stark unser Gesundheitssystem – in all seinen Bereichen – auf Männer ausgerichtet ist und was das für Frauen bedeutet: eine schlechtere Gesundheitsversorgung und all die Konsequenzen, die damit einhergehen.

MIRIJAM HALL

Alle folgenden Zahlen sind durch wissenschaftliche Studien belegt, so schockierend sie auch sein mögen.

90 Prozent

Wenn ein neues Medikament entwickelt wird, durchläuft es ein mehrstufiges Verfahren. Nur wenn alle Stufen erfolgreich sind, kommt das Medikament auf den Markt. 90 Prozent aller pharmakologischen Fachartikel beschreiben Studien, die ausschließlich an männlichen Tieren durchgeführt wurden. Dabei wissen wir, dass es erhebliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern gibt – auch auf zellulärer Ebene zwischen männlichen und weiblichen Zellen. Doch selbst in der Zellforschung wird ein Großteil der Forschung ausschließlich an männlichen Zellen durchgeführt. Was bedeutet das für Frauen? Viele potenziell hilfreiche Therapien für Frauen wurden schlicht nie weiterentwickelt, weil die Wirkstoffe bei männlichen Zellen keine Wirkung zeigten. Die häufigste Nebenwirkung bei Frauen nach Übelkeit ist, dass das Medikament schlicht nicht wirkt.

„Frauen leben also deutlich länger als Männer – verbringen aber weniger Jahre in Gesundheit.“

0,2 Jahre

2021 lag die durchschnittliche Zahl gesunder Lebensjahre in Österreich bei 61,3 Jahren für Frauen und 61,5 Jahren für Männer. Gleichzeitig haben Frauen des Jahrgangs 1960 in Österreich eine um 6,5 Jahre höhere Lebenserwartung als Männer. Frauen leben also deutlich länger als Männer – verbringen aber weniger Jahre in Gesundheit.

32 Prozent

Frauen haben ein um 32 Prozent höheres Risiko, nach einer Operation zu sterben, wenn sie von einem männlichen Chirurgen operiert werden, als Frauen, die von Chirurginnen behandelt werden. Die Unterschiede blieben selbst, nachdem Faktoren wie Komplexität der Operation, Alter oder chronische Erkrankungen berücksichtigt wurden. Für die Studie analysierten kanadische Forschende Daten von mehr als 1,3 Millionen Erwachsenen in Ontario, die zwischen 2007 und 2019 elektiv oder notfallmäßig operiert wurden.

18 Prozent

Nach einem Herzstillstand werden Frauen seltener reanimiert. Nach erfolgreicher Wiederbelebung erhalten sie seltener eine Herzkatheteruntersuchung, werden um 18 Prozent seltener inten-

„Junge Frauen sterben doppelt so häufig wie gleichaltrige Männer.“

sivmedizinisch behandelt und sterben häufiger. Junge Frauen sterben doppelt so häufig wie gleichaltrige Männer. Frauen mit niedrigem sozioökonomischem Status haben beispielsweise ein um 25 Prozent höheres Herzinfarktrisiko als vergleichbare Männergruppen. Dennoch wissen viele Ärzt:innen bis heute nicht, dass Herz-Kreislauf-Erkrankungen die häufigste Todesursache bei Frauen sind. Diagnosen werden übersehen, weil die Symptome von Frauen als „atypisch“ gelten.

Die strukturelle Ausrichtung der Medizin auf Männer kostet Frauen nachweislich Gesundheit und Lebensjahre.

DIE AUTORIN:

Mirijam Hall

ist Gynäkologin, Klubvorsitzende der SPÖ Wien-Neubau, Präsidentin der Österreichischen Gesellschaft für Familienplanung und Vorsitzende der Aids Hilfe Wien.



Foto © Rene Wallentin

„Dennoch wissen viele Ärzt:innen bis heute nicht, dass Herz-Kreislauf-Erkrankungen die häufigste Todesursache bei Frauen sind.“

Es gibt noch viel zu tun, bis Frauen im Gesundheitssystem ernstgenommen werden, ihre Körperfunktionen gleich beforscht sind wie die von Männern und es auch für Frauen vergleichbar wirksame Therapien gibt.



Pflege zwischen Anspruch, Realität und Verantwortung

Die Arbeit in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Ärzt:innenpraxen hat sich in den vergangenen Jahren massiv verdichtet. Gerade die Langzeitpflege macht sichtbar, wie sehr der demografische Wandel unser Zusammenleben verändert.

GABRIELE KNAUSEDER

Als Pflegesprecherin des SPÖ-Landtagsklubs und selbst langjährige Pflegekraft weiß ich, wie anspruchsvoll dieser Beruf ist. Pflege bedeutet Verantwortung, Menschlichkeit und oft auch emotionale Schwerarbeit. Gute Pflege braucht Zeit – für Betreuung, Gespräche und menschliche Nähe. Denn Pflege bedeutet nicht nur Versorgung. Sie bedeutet auch Zuwendung, Sicherheit und das Gefühl, nicht allein zu sein.

Genau diese Zeit fehlt im Alltag immer häufiger. Patient:innen werden älter, leiden an mehreren chronischen Erkrankungen gleichzeitig und benötigen mehr Betreuung und Pflege. Dokumentationsaufwand und Zeitdruck steigen. Beschäftigte berichten zunehmend von Arbeitsverdichtung, fehlendem Personal und hoher psychischer Belastung. Viele verlassen den Beruf nicht aus mangelnder Motivation, sondern weil dieser Druck dauerhaft zu hoch ist.

„Gesundheit und Pflege lassen sich längst nicht mehr getrennt betrachten.“

Gerade deshalb braucht es ein Pflegesystem, das menschlich, wohnortnah und verlässlich funktioniert. Gesundheit und Pflege lassen sich längst nicht mehr getrennt betrachten. Beide Bereiche hängen eng zusammen. Wenn Pflegeplätze fehlen oder mobile Dienste überlastet sind, bleiben Menschen länger in Krankenhäusern. Wenn es zu wenige Hausärzt:innen

gibt, landen mehr Patient:innen in den Ambulanzen. Und wenn Angehörige keine Unterstützung bekommen, wirkt sich das auf ganze Familien aus.

Die meisten Menschen wünschen sich, möglichst lange selbstbestimmt zu Hause leben zu können. Den größten Teil der Betreuung und Pflege übernehmen nach wie vor Angehörige. Sie kümmern sich neben Beruf und Familie um Eltern oder Partner:innen und stoßen dabei oft an ihre körperlichen, psychischen und finanziellen Grenzen. Gerade Tagesbetreuung und Kurzzeitpflege fehlen vielerorts oder sind kaum leistbar.

Regionale Beispiele zeigen, wie gute Unterstützung funktionieren kann. Die Tagesbetreuung der Volkshilfe in Braunau entlastet Angehörige und schafft soziale Kontakte. Auch das Generationenhaus Kleeblatt in Friedburg-Lengau gilt als gelungenes Beispiel für moderne Betreuung mit unterschiedlichen Wohnformen.

Pflegearbeit wird überwiegend von Frauen getragen – in den Familien, in Pflegeheimen oder in der mobilen Betreuung. Gleichzeitig fehlen vielfach Rahmenbedingungen, die diese Arbeit langfristig ermöglichen: ausreichendes Personal, faire Entlohnung, gute Arbeitszeiten und flexible Kinderbetreuung für Beschäftigte im Schichtdienst.

Ein weiterer zentraler Bereich ist die 24-Stunden-Betreuung. Sie ist für viele Familien unverzichtbar geworden und trägt wesentlich dazu bei, dass Betreuung zu Hause überhaupt möglich ist. Auch hier zeigt sich ein großes struktu-

DIE AUTORIN:

Gabriele Knauseder ist Landtagsabgeordnete und SP-Pflegesprecherin. Sie war selbst viele Jahre in der Pflege tätig und setzt sich für gute Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Sozialbereich ein.



Foto © MecGreenie

relles Problem: Ein erheblicher Teil dieser Arbeit wird von Frauen aus dem Ausland geleistet, die vielfach in prekären oder schein-selbstständigen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten und dafür oft zu wenig gesellschaftliche Anerkennung erhalten. Hier braucht es gute Arbeitsbedingungen sowie österreichweit einheitliche Qualitätsstandards.

Die „Fachkräftestrategie Pflege“ wurde 2022 gestartet. Dennoch bleiben weiterhin Pflegebetten gesperrt, weil in vielen Bereichen das Personal fehlt. Der Bedarf an nachhaltigen Lösungen wird damit immer größer.

Die Zahl pflegebedürftiger Menschen steigt massiv an, familiäre Strukturen werden kleiner und die Belastungen größer. Mit der „Betreuungsarchitektur 2040“ reagiert das Land Oberösterreich gemeinsam mit Städte- und Gemeindebund auf den demografischen Wandel und die steigende Zahl älterer Menschen. Die „Pflegestrategie 2040“ soll die Altenbetreuung in Oberösterreich zukunftsfit aufstellen.

Dabei wurden mehrere Handlungsfelder definiert – vom Ausbau mobiler Dienste über Tagesbetreuung und neue Wohnformen bis hin zu regionalen Unterstützungsnetzwerken. Zentraler Bestandteil ist ein Baukastensystem aus erprobten Versorgungsmodellen. Ziel ist es, Pflege stärker regional zu organisieren, mobile Angebote auszubauen und sogenannte „sorgende Gemeinschaften“ zu fördern. Dahinter steht die Idee, Angehörige, Nachbarschaft und Gemeinden stärker einzubinden, damit Menschen möglichst lange zu Hause leben können.

„Gerade bei den geplanten „sorgenden Gemeinschaften“ wäre es wichtig gewesen, erfolgreiche Modelle weiterzuführen.“

Es braucht bessere Vernetzung und neue Versorgungsformen. Doch die Vorstellung, dass künftig ein großer Teil der Pflege durch Angehörige oder den Sozialraum aufgefangen werden kann, wird nicht ausreichen. Gerade bei den geplanten „sorgenden Gemeinschaften“

wäre es wichtig gewesen, erfolgreiche Modelle weiterzuführen. Die „Community Nurses“ haben gezeigt, wie gut wohnortnahe Beratung, Begleitung und Unterstützung funktionieren. Sie waren wichtige Ansprechpersonen für ältere Menschen und deren Angehörige. Dieses Modell hätte man ausbauen statt auslaufen lassen sollen.

„Immer mehr Aufgaben werden an Gemeinden ausgelagert, die finanziell bereits stark unter Druck stehen.“

Eine weitere große Herausforderung bleibt die Finanzierung. Immer mehr Aufgaben werden an Gemeinden ausgelagert, die finanziell bereits stark unter Druck stehen. Pflege darf nicht zur Überforderung einzelner Gemeinden werden, sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Aus Sicht der SPÖ braucht es deshalb konkrete Verbesserungen: gute Arbeitsbedingungen, mehr Personal, faire Entlohnung, leistbare Entlastungsangebote

für Angehörige und ausreichend stationäre sowie mobile Versorgung.

Wie wir mit pflegebedürftigen Menschen umgehen, sagt viel darüber aus, wie solidarisch unsere Gesellschaft wirkt.

„Gesundheit und Pflege dürfen keine Frage des Einkommens oder des Wohnorts werden.“

lich ist. Gesundheit und Pflege dürfen keine Frage des Einkommens oder des Wohnorts werden. Denn am Ende geht es um Menschen. Und es geht um Würde – für jene, die Pflege brauchen, genauso wie für jene, die sie täglich leisten.

Pflege ist mehr als Versorgung – sie ist Menschlichkeit, Wertschätzung und Würde.



Exkurs aus aktuellem Anlass: Windenergie, ja aber...

Die massive und globale Nutzung fossiler Energiequellen – Öl, Kohle und Gas – ist Hauptursache für den menschenverursachten Klimawandel. Außer den Klimawandelleugner:innen (in- und außerhalb der FPÖ) dementiert diese wissenschaftliche Erkenntnis eigentlich niemand.

BERND DOBESBERGER

Unter der Voraussetzung, dass der Lebensstandard gehalten oder weiter gehoben werden soll, sind andere Energiequellen – abseits der fossilen – nötig. Aus Kosten- und Sicherheitsgründen kann die Atomkraft dabei nicht die Lösung sein. Dazu kommt, dass die Endlagerfrage der verbrauchten Brennstäbe nach wie vor nicht gelöst ist.

Es bleiben also die erneuerbaren Energiequellen: Wasser, Sonne und Wind. Diese können auch im Land produziert werden und machen Österreich bzw. Oberösterreich von weltpolitischen Verwerfungen deutlich unabhängiger. Und nur die Kombination dieser drei Energiequellen ermöglicht die nötige Stromproduktion zu allen Tages- und Jahreszeiten.

In Oberösterreich wird aber insbesondere gegen den Ausbau der Windkraft Widerstand geleistet und aufgebaut. Die Freiheitlichen oder der Leiter der Umweltanwaltschaft des Landes stehen exemplarisch dafür. Die Argumente der Windkraftgegner:innen sind immer wieder ähnlich: in den meisten Gebieten Oberösterreichs wäre der Wind für diese Anlagen zu gering und sie würden sich daher wirtschaftlich nicht rechnen. Dann gibt es das Argument, dass die Windräder nicht recycelbar seien und damit Belastungen für die Zukunft darstellen würden. Es gibt dann immer wieder die Behauptung, dass Windkraftanlagen Tiere – insbesondere Vögel – gefährden würden und dann gibt es noch das "Argument", dass Windräder einfach nicht in unsere Landschaften passen würden.

Die Behauptung vom geringen Wind lässt sich praktisch leicht überprüfen: kein privater Investor würde sein Geld in Anlagen stecken, die sich nicht rechnen. Und wenn es ein-, zweimal passieren

würde, dann wären das praktische Belege für die wirtschaftliche Unsinnigkeit von Windkrafterzeugung in Oberösterreich. Bei uns werden die Windkraftanlagen aber immer vorher verhindert, dass diese Behauptung von der ökonomischen Unsinnigkeit nie überprüft wird.

„Die Behauptung vom geringen Wind lässt sich praktisch leicht überprüfen: kein privater Investor würde sein Geld in Anlagen stecken, die sich nicht rechnen.“

Das Argument von der Unmöglichkeit der Wiederverwertung von Windkraftanlagen stimmt sicher nicht für die Fundamente aus Beton und für die riesigen Türme aus Stahl. Die Rotorblätter aus glas- oder kohlefaserverstärkten Kunststoffen sind derzeit noch nicht wirklich wiederverwertbar. Da besteht tatsächlich Handlungsbedarf für die Wissenschaft und die Recyclingindustrie.

Die These, dass Tiere, insbesondere Vögel, massiv von Windkraftanlagen gefährdet werden, ist durch Studien widerlegt. Zwar werden Vögel auch von Windrädern gefährdet und getötet, aber große Glasscheiben in Gebäuden oder der Verkehr sind für Vögel deutlich bedrohlicher. Auch Hauskatzen und Jäger sind für Vögel gefährlicher als Windparks.

DER AUTOR:

Bernd Dobesberger ist Landesbildungsvorsitzender der SPÖ OÖ und Chefredakteur des Bildungskuriers.



„Die These, dass Tiere, insbesondere Vögel, massiv von Windkraftanlagen gefährdet werden, ist durch Studien widerlegt.“

Und das Argument mit der Verschandelung der Landschaft durch Windkraftanlagen hat möglicherweise etwas für sich. Das gilt dann aber ebenso für Autobahnen, Parkplätze, riesige Siedlungen von Einfamilienhäusern – die machen die Landschaften auch nicht schöner!

Wasser, Sonne und Wind – wir brauchen mehr erneuerbare Energiequellen in Oberösterreich.



BSA OÖ/Renner Institut OÖ/Jahoda-Bauer-Institut

#mitmenschendenken: Oliver Rathkolb

Ökonomie der Angst – Die Rückkehr des nervösen Zeitalters

Im 15. Stock des Wissensturms durfte das Publikum den Zeithistoriker Oliver Rathkolb zu einem Gespräch über sein aktuelles Buch „Ökonomie der Angst – Die Rückkehr des nervösen Zeitalters“ begrüßen. Im Mittelpunkt standen die Fragen, wie gesellschaftliche Verunsicherung, ökonomische Macht und politische Radikalisierung historisch zusammenhängen und bis in die Gegenwart wirken. Rathkolb spannte dabei den Bogen von historischen Umbrüchen kurz vor dem Ersten Weltkrieg bis zu aktuellen globalen Entwicklungen und diskutierte die Gefahr neuer autoritärer Tendenzen.

Die Veranstaltung wurde gemeinsam vom BSA OÖ – Bund Sozialdemokratischer Akademiker:innen Oberösterreich, dem Ren-



Spannendes Gespräch über den Dächern von Linz mit Oliver Rathkolb mit vielen interessierten Teilnehmer:innen.

ner Institut Oberösterreich und dem Jahoda-Bauer-Institut organisiert. Die Moderation übernahm Gabriele Koller-Sandhacker.

Gemeindevertreter:innenverband OÖ

Bürgermeister:innen-Werkstatt erfolgreich gestartet!

Die Bürgermeister:innen-Werkstatt des GVV OÖ ist erfolgreich gestartet. Im ersten Modul stand das Thema „Emotionen und Framing in der Politik“ im Mittelpunkt. Gemeinsam mit Andreas Holzer setzten sich die Teilnehmenden mit der Wirkung von Sprache, Werten und Emotionen in der politischen Kommunikation auseinander. Dabei wurden praxisnah überzeugende Botschaften, Slogans und Bildsprache entwickelt.

Im zweiten Modul drehte sich alles um den gelungenen Auftritt und authentische Kommunikation, wie man durch Echtheit, Klarheit und Präsenz Menschen erreicht und Vertrauen schafft. Ergänzt wurde das Programm durch das Rhetorik- und Medientraining mit Ulli Jelinek – längst ein fixer Bestandteil des GVV OÖ. Die BGM-Werkstatt liefert damit wert-



Foto © GVV OÖ

Der GVV OÖ bedankt sich für die hervorragend gestalteten Module, die spannenden Impulse und die engagierte Teilnahme aller Beteiligten!

volle Impulse für die kommunalpolitische Praxis. Wir freuen uns auf die kommenden Module zum Thema „Strategieentwicklung“ und „Wahlen gewinnen“.

Renner Institut OÖ

Strategische Werkstatt für Führungskräfte 2025/2026

Politik gestalten, Verantwortung übernehmen und Führung weiterdenken: Die Strategische Werkstatt für Führungskräfte 2025/2026 bietet bestehenden und künftigen Führungskräften der SPÖ OÖ auf allen Ebenen die Möglichkeit, ihre persönlichen und politischen Kompetenzen gezielt weiterzuentwickeln. Seit Herbst 2025 arbeiteten die Teilnehmer:innen in sechs abwechslungsreichen Modulen mit viel Engagement an Themen rund um Führung, Strategie und politischer Praxis. Begleitet wurde der Lehrgang von Gwendolin Jungblut und Achim Möller.

Ein besonderes Highlight waren die Kamingespräche mit hochkarätigen Gästen aus der Politik, wie SPÖ Klubvorsitzenden Philipp Kucher, Günther Ogris, LABg. Gabriele Knauseder und Bgm.



Wir gratulieren allen Absolvent:innen herzlich zum erfolgreichen Abschluss und wünschen ihnen weiterhin viel Erfolg, Mut und Freude auf ihrem politischen und persönlichen Führungsweg.

Markus Ringhofer. Für das Abschlussmodul konnte unser Landesparteivorsitzender Landesrat Martin Winkler gewonnen werden.

SPÖ Frauen OÖ

MARIE-EMPfang

Die „Marie“ ist ein übersichtliches, nach Stichworten alphabetisch geordnetes Nachschlagewerk für Frauen, das alle zwei Jahre von den SPÖ Frauen Oberösterreich neu aufgelegt wird.

Neben wertvollen Informationen und Anknüpfungspunkten zu rechtlichen Fragen erleichtert die Servicebroschüre den Einblick in undurchsichtige Behördenwege. Sämtliche Anlaufstellen und frauenspezifische Beratungseinrichtungen aus ganz Oberösterreich sind kompakt im hinteren Teil der Broschüre zu finden.

Im April wurde die „Marie“ im Rahmen eines Empfangs präsentiert. Zu den Programm-Highlights zählten die Lesung

Die „Marie“ kann jederzeit kostenlos bei den SPÖ Frauen Oberösterreich bestellt werden:
frauen-ooe@spoe.at



Foto © McGreene

der Autorin Sarah Pfaffeneder aus ihrem Debüt-Roman „Wir sind eine Frau“ sowie die musikalische Einlage des queerfeministischen „Nedd'accord“-Chors der ÖH Kunstuniversität Linz.

Die Veranstaltung bot ein abwechslungsreiches Programm sowie Raum für Austausch über die Lebensrealitäten von Frauen, von der gerechten Verteilung von Sorgearbeit über die Vereinbarkeit von Beruf und Alltag bis hin zu Gendermedizin.

Sozialistische Jugend OÖ

Gemeinsam gegen Faschismus: Über 200 Jugendliche beim SJ-Seminar

Mehr als 200 Jugendliche aus ganz Österreich waren heuer beim antifaschistischen Seminar der Sozialistischen Jugend Österreich dabei. Ein Wochenende lang ging es um politische Workshops, gute Gespräche, gemeinsames Feiern und natürlich darum, neue Leute kennenzulernen. Neben spannenden Diskussionen und Workshops kam auch der Spaß nicht zu kurz: Partys, gemeinsame Abende und viel Zeit miteinander machten das Wochenende zu etwas Besonderem. Für viele war das Seminar nicht nur politisch interessant, sondern auch eine Gelegenheit, neue Freundschaften zu schließen und gemeinsam aktiv zu werden.

Ein besonderes Highlight war, wie jedes Jahr, die Teilnahme an der Befreiungsfeier in der KZ-Gedenkstätte Mautausen. Dort wurde gemeinsam der Opfer des Nationalsozialismus gedacht und ein starkes Zeichen gegen Faschismus und rechte Hetze gesetzt.

Die nächsten Events warten schon auf deine Teilnahme: Ob beim Sommersportfest von 10.–12. Juli oder bei den verschiedenen Bezirksseminaren am Attersee im Europacamp – bei der SJ



Ein Wochenende voller Antifaschismus, Freundschaft und Solidarität im Europacamp am Attersee.

ist immer etwas los. Wenn du Lust hast, selbst dabei zu sein, melde dich einfach bei dem **Landessekretär Kilian Hindelang** unter **0664 1438409** oder schreib der **SJ auf Instagram**.

SPÖ Bäuerinnen und Bauern

Bundeskonzferenz 2026

Bei der Bundeskonferenz der SPÖ Bäuerinnen und Bauern am 18. April 2026 in Neudorf (Burgenland) unter dem Motto „Wir sichern deinen vollen Teller“ waren 124 Delegierte vertreten, darunter 21 aus Oberösterreich. Der oberösterreichische Landesvorsitzende und Bundesvorsitzende Michael Schwarzmüller stellte sich der Wiederwahl und wurde mit großartigen 100 Prozent bestätigt. SP-Bundesgeschäftsführer Klaus Seltenheim und SP-Bundesparteivorsitzender Andreas Babler gratulierten zum Ergebnis. Sie betonten die wichtige Rolle der SPÖ Bäuerinnen und Bauern als starke Stimme für kleine und mittlere land-

wirtschaftliche Betriebe sowie Familien- und Biobetriebe. Im Mittelpunkt stehen der Einsatz für regionale Lebensmittelversorgung, soziale Absicherung der Bäuerinnen und Bauern sowie gerechte Agrarförderungen nach Kriterien wie Arbeitskraft und Nachhaltigkeit.

Der wiedergewählte Bundesvorsitzende Michael Schwarzmüller mit Hündin Lilli.



Foto © SPÖ Bäuerinnen und Bauern Österreich